

# Antrag auf Änderung/Feststellung des Familiennamens

Az.: \_\_\_\_\_

Die Erhebung der Daten erfolgt aufgrund der Vorschriften des Gesetzes über die Änderung von Familiennamen und Vornamen. Auskunft über diese Gesetze (z. B. Fundstellen) können Sie bei der Namensänderungsbehörde erhalten.

Hiermit wird beantragt, den Namen \_\_\_\_\_ (bisheriger Name)  
in den Namen \_\_\_\_\_  zu ändern  als richtig festzustellen.

## I. Person, deren Familienname ( Geburtsname Ehename Geburts- und Ehename) geändert/festgestellt werden soll:

Name (sämtl. Vornamen, Familienname, ggf. Geburtsname)		
Geburtstag und -ort, Standesamt und Nr. <sup>1</sup>		
Hauptwohnung, ggf. auch Nebenwohnung (PLZ, Ort, Straße und Hausnummer)		
Staatsangehörigkeit <input type="checkbox"/> deutsch <input type="checkbox"/>	Familienstand	Geschäftsfähig <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
<b>Bei Änderung des nach deutschem Recht geführten Ehenamens (Nr. 2 Abs. 3 NamÄndVwV):</b> Die Ehe besteht noch. Für den Ehenamen gilt <input type="checkbox"/> deutsches Recht <input type="checkbox"/> durch Rechtswahl <input type="checkbox"/> durch die Erklärung des ausländischen Ehegatten bei Eheschließung vor dem 1. 9. 1986, daß hinsichtlich des Ehenamens deutsches Recht auf ihn angewendet werden soll <input type="checkbox"/> durch		
Kennzeichen und Führungsort des Fam.Buches: Bei Ledigen Fam.Buch d. Eltern: Bei anderen Fam.Buch d. eig. Ehe (falls nicht angelegt) Tag u. Ort d. Eheschließung:		

## II. Ehegatte, der unter I. genannten Person, dessen Ehename in gleicher Weise nicht geändert/festgestellt werden soll:

Name (sämtl. Vornamen, Familienname, ggf. Geburtsname)		
Geburtstag und -ort, Standesamt und Nr. <sup>1</sup>		
Hauptwohnung, ggf. auch Nebenwohnung (PLZ, Ort, Straße und Hausnummer)		
Staatsangehörigkeit <input type="checkbox"/> deutsch <input type="checkbox"/>	Familienstand	Geschäftsfähig <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein

## III. Minderjährige Kinder (auch solche, auf deren Namen sich die Namensänderung, -feststellung nicht erstrecken soll):

1. Kind:	Name (sämtl. Vornamen, Familienname, ggf. Geburtsname), Familienstand, Geburtstag und -ort, Standesamt und Nr. <sup>1</sup> <hr/> Wohnung (PLZ, Ort, Straße und Hausnummer, Staatsangehörigkeit)	Soll sich die Namensänderung, -feststellung auf dieses Kind erstrecken? Bei Verneinung Angabe der Gründe.  <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
2. Kind:		<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
3. Kind:		<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein

Weitere Kinder siehe beigefügte Anlage

<sup>1</sup> Bei Geburt außerhalb des Geltungsbereichs des Gesetzes ist nach einer Beurkundung beim Standesamt I in Berlin zu fragen.

Dieser Vordruck ist urheber- und wettbewerbsrechtlich geschützt; jeder widerrechtliche Nachdruck wird verfolgt.

50 9 8 7 6 45

**IV. Begründung des Antrags:**

Fortsetzung siehe Beilage BI: Nr. \_\_\_\_

**V. Beteiligte, die zu hören sind** (Nrn. 9 bis 12 und 18 Abs. 1 Buchst. d NamÄndVwV.)

Lfd. Nr.	Name und Anschrift, Verwandtschaftsverhältnis zum Antragsteller	Stellungnahme Ja – Nein	Blatt Nr.
Fortsetzung siehe Beilage BI: Nr. ____			

**VI. Antragsteller:**

Die unter I. genannte Person in eigener Sache  Die unter I. und II. genannten Personen in eigener Sache

Zugleich als  Eltern  Vater  Mutter des (der) unter III. Nr. \_\_\_\_\_ genannten Kindes (Kinder).

Name und postalische Anschrift von Personen, die bisher nicht genannt sind:

in der Eigenschaft als  Eltern  Vater  Mutter  Vormund/Pfleger/Betreuer<sup>1</sup> der unter \_\_\_\_\_ genannten Person(en).

Als Antragsteller versichere ich – versichern wir –, daß ein Antrag auf Namensänderung, -feststellung

bisher noch nicht gestellt worden ist  
 am \_\_\_\_\_ bei \_\_\_\_\_  
 gestellt und wie folgt beschieden worden ist<sup>2</sup>: \_\_\_\_\_

Mir – Uns – ist bekanntgegeben worden, daß für die Bewilligung, die Zurücknahme und die Ablehnung des Antrags eine Verwaltungsgebühr erhoben werden kann.

Ort, Datum  
 \_\_\_\_\_

Unterschrift der (des) Antragsteller(s):  
 \_\_\_\_\_

Aufgenommen durch: (Bezeichnung der Behörde)  
 \_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

Ort, Datum  
 \_\_\_\_\_

Unterschrift des aufnehmenden Beamten:  
 \_\_\_\_\_

1 Nur bei Geschäftsunfähigen oder wenn ein Einwilligungsvorbehalt nach § 1903 BGB angeordnet ist.  
 2 Die Wiedergabe des Wortlauts erübrigt sich, wenn der Bescheid beigefügt wird. Ggf. ist auf den beiliegenden Bescheid hinzuweisen.

**VII. Nachweise:**

1. Nachweise nach Nr. 17 NamÄndVwV  
Regelmäßig vom Antragsteller zu beschaffen

- 1.1 Zur Staatsangehörigkeit (Rechtsstellung) für die im Antrag erfaßte Person (Nr. 17 Buchst. c)
  - 1.11 Personalausweis oder Reisepaß
  - 1.12 Urkunde über den Erwerb/Besitz der deutschen Staatsangehörigkeit
  - 1.13 Ausweis über die Rechtsstellung als Deutscher
  - 1.14 Reiseausweis oder Eintrag der Ausländerbehörde im Paß oder Paßersatz oder amtliche Bescheinigung gemäß § 2 Abs. 1 FlüchtlMaßnG

1.15 \_\_\_\_\_

- 1.2 Zum Wohnsitz (Nr. 17 Buchst. d)
  - 1.21 Aufenthaltsbescheinigung der Meldebehörde
  - 1.22 Angaben über den Aufenthalt oder gewerbliche Niederlassung in den letzten 5 Jahren

- 1.3 Zum Personenstand (Nr. 17 Buchst. e)
  - 1.31 Begl. Abschr. des Geburtseintrags
  - 1.32 Begl. Abschr. des Familienbuches
  - 1.33 Begl. Abschr. des Heiratseintrags
  - 1.34 Bescheinigung über Namensänderung
  - 1.35 Kirchl. oder andere beweiskr. Bescheinigungen

1.36 \_\_\_\_\_

- 1.4 Führungszeugnis nach § 30 Bundeszentralregistergesetz für über 14 Jahre alte Personen (Nr. 17 Buchst. f)
- 1.5 Genehmigung des Vormundschaftsgerichts bei Antrag durch Vormund, Pfleger oder Betreuer (Nr. 17 Buchst. g)
- 1.6 Vormundschaftsgerichtliche Anhörung bei beschr. Geschäftsfähigen über 16 Jahre (Nr. 17 Buchst. h) oder Geschäftsfähigen, für die ein Betreuer bestellt ist und ein Einwilligungsvorbehalt angeordnet ist (§ 2 (2) NamÄndG)
- 1.7 Einkommensnachweis, falls verlangt
- 1.8 Nachweis über Besitz der elterlichen Sorge
- 1.9 Bescheid über frühere Entscheidung in einem Namensänderungsverfahren (Nr. 17 Buchst. i)

2. Nachweise nach Nr. 18 NamÄndVwV  
Von der Verwaltungsbehörde zu beschaffen

- 2.1 Auskunft aus dem Schuldnerverzeichnis (Nr. 18 Buchst. a)
- 2.2 Auskunft der zuständigen Polizeidienststelle bei über 14 Jahre alten Personen (Nr. 18 Buchst. b)
- 2.3 Stellungnahme des zuständigen Jugendamts bei Stief- oder Pflegekindern (Nr. 18 Buchst. c)
- 2.4 Stellungnahme der Beteiligten (Nr. 18 Buchst. d)
- 2.5 Auskunft des Standesbeamten des Standesamts I in Berlin (Nr. 18 Buchst. e)

2.6 \_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

3. \_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

Es werden beigelegt für:	Blatt Nr.															
<p>Beispiele für Eintragungen in dieser Spalte</p> <p>Für (Person zu I des Antrags) <span style="float: right;">oder kürzer: Zu I:</span></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 80%;">1.11 Reisepaß</td> <td style="width: 10%; text-align: right;">1.11</td> <td style="width: 10%; text-align: right;">1</td> </tr> <tr> <td>1.21 Besch. der Meldebeh.</td> <td style="text-align: right;">1.21</td> <td style="text-align: right;">2</td> </tr> <tr> <td>1.31 Begl. Abschr. Geb. Eintr.</td> <td style="text-align: right;">1.31</td> <td style="text-align: right;">3</td> </tr> <tr> <td>1.32 Begl. Abschr. Fam. Buch</td> <td style="text-align: right;">1.32</td> <td style="text-align: right;">4</td> </tr> <tr> <td>1.4 Führungszeugnis</td> <td style="text-align: right;">1.4</td> <td style="text-align: right;">5</td> </tr> </table>	1.11 Reisepaß	1.11	1	1.21 Besch. der Meldebeh.	1.21	2	1.31 Begl. Abschr. Geb. Eintr.	1.31	3	1.32 Begl. Abschr. Fam. Buch	1.32	4	1.4 Führungszeugnis	1.4	5	
1.11 Reisepaß	1.11	1														
1.21 Besch. der Meldebeh.	1.21	2														
1.31 Begl. Abschr. Geb. Eintr.	1.31	3														
1.32 Begl. Abschr. Fam. Buch	1.32	4														
1.4 Führungszeugnis	1.4	5														

**VIII. Verfügung der Verwaltungsbehörde zur weiteren Vorbereitung des Antrags** (Nr. 18 Abs. 1 NamÄndVwV):

Die zu verwendenden Vordrucke 16/753 und 16/754 können durchgeschrieben werden.

Die Verantwortung dafür, wer als Beteiligter zu dem Antrag zu hören ist, liegt bei der entscheidenden Behörde. Die den Antrag aufnehmende Behörde sollte jedoch in Amtshilfe die Anschriften der Beteiligten feststellen; sie kann diese auch anhören. Gleiches gilt für Anfragen an die nachgenannten Stellen.

Anfragen an:<sup>1</sup>

- Amtsgericht (Schuldnerverzeichnis) – vgl. 2.1 – für alle volljährigen Antragsteller zuständig für den Wohnsitz – vgl. 1.21 –, bei Fehlen eines Wohnsitzes für den Aufenthalt oder eine gewerbliche Niederlassung innerhalb der letzten fünf Jahre – vgl. 1.22 (Vodr. 16/753).  
Amtsgericht
- Polizeidienststelle – vgl. 2.2 – für alle über 14 Jahre alten Personen, deren Name geändert werden soll, zuständig für den jeweiligen Wohnsitz – vgl. 1.21 (Vodr. 16/753).  
Polizeidienststelle
- Jugendamt – vgl. 2.3 –, wenn der Name eines Stief- oder Pflegekindes geändert werden soll (Vodr. 16/753).  
Jugendamt
- Beteiligte zur Anhörung zu dem Antrag – vgl. 2.4 (Vodr. 16/754).  
Beteiligte zu
- Standesamt I in Berlin, Rückerstraße 9, 10119 Berlin – vgl. 2.5 – wenn eine Person, deren Name geändert werden soll, nicht im Geltungsbereich des Gesetzes geboren worden ist (Vodr. 16/753).

Erledigt am:	Rückantwort am:

Datum

Unterschrift

Behörde:

Ort, Datum

**Urschriftlich** mit allen Unterlagen  
der zuständigen Verwaltungsbehörde

überreicht mit folgender Stellungnahme:

Unterschrift: \_\_\_\_\_

<sup>1</sup> Es empfiehlt sich, jeweils den Abschnitt – ggf. auch die Nummer – anzugeben, unter dem die Person aufgeführt ist, für die eine Behörde angeschrieben oder an die ein Schreiben gerichtet werden soll.